

**Schwarz-Schilling &  
Partner  
Telecommunications  
Consulting GmbH**

**Thema: Die Rolle des Staates im Internet**

## **Die Rolle des Staates**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zur Erschließung der vielzitierten Potentiale des E-Commerce muß der Staat zweifelsohne seinen Beitrag leisten.

Die Förderung von IuK-Technologien ist eine Grundvoraussetzung dafür, daß Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt: wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen an die Erfordernisse der neuen Informationsgesellschaft angepaßt werden - und die Strukturen der Industriegesellschaft mittelfristig ergänzen und langfristig ersetzen.

- Es müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Einsatz von E-Commerce ermöglichen und fördern - "Innovationssicherheit" für unsere Unternehmen, vor allem den Mittelstand.
- Der Staat muß Information, Bildung und Aufklärung unterstützen, um die "Scheu" vor den neuen Kommunikationsformen zu nehmen.
- Der Staat muß beispielhaft vorangehen, bei der Einführung und Nutzung der neuen Technologien: der Staat muß "ans Netz"!

### **Information, Bildung, Aufklärung**

Gerade in den kleinen und mittelgroßen Unternehmen ist oft ein Mangel an Fachwissen der Hinderungsgrund für den sinnvollen Einsatz der neuen Technologien. Eine eher zögerliche Umsetzung neuer Technologien in Deutschland im allgemeinen tut ein übriges. Folge ist, daß mehr als 60 % der deutschen Unternehmen bislang keine durchgängige Strategie für E-Commerce parat haben.

Die Forderung an den Staat ist klar: Mobilisierung, Sensibilisierung und Information der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Durch gezielte Förderungs- und Informationsmaßnahmen ist das fehlende Wissen zu ergänzen und die Berührungängste abzubauen.

Ganz entscheidend ist dabei die Aus- und Weiterbildung in Informationstechnologien, und zwar branchenübergreifend! Informationstechnologien werden über kurz- oder lang in nahezu jeden unserer Lebensbereiche wirken, auf jeden Fall in alle mit wirtschaftlichem Bezug; daher ist jeder Ausbildungsgang, jede Studienrichtung mit IuK-Fächern zu flankieren.

Eine breite wirtschaftliche Anwendung ist nur dann zu erzielen, wenn eine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz vorherrscht.

## **Staat als Innovationsbeschleuniger**

Einen weiteren Beitrag muß der Staat dadurch leisten, daß er als treibende Kraft den Einsatz der neuen Technologien voranbringt:

- der Staat kann eine Vorbildfunktion erfüllen, durch den Einsatz der Technologien für die eigenen Belange;
- der Staat hat den Zugang zu den Infrastrukturen sicherzustellen.

## **Vorbildfunktion**

Die Parolen müssen nicht nur sein: „Schulen ans Netz“ und „Wirtschaft ans Netz“, sondern ebenso „Staat ans Netz“!

Die öffentliche Hand ist in vielen Belangen ein in die Gesamtwirtschaft eingebundenes „Unternehmen“. Das öffentliche Auftragswesen ist ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor; ca. 7 % des BIP, etwa 400 Mrd. DM, werden pro Jahr durch den Bund vergeben. Hier kann der Staat eine Vorbildfunktion erfüllen, indem Ausschreibungs- und Beschaffungsvorgänge elektronisch durchgeführt werden.

IT-Unterstützung im Informationsaustausch der Verwaltungen und Behörden ist eine weitere Möglichkeit. Nach außen, im „Publikumsverkehr“ ist der „elektronische Schalter“, das „multimediale Amt“ der Ansatz. Eine zeitgemäße Form des Geschäftsverkehrs mit dem Bürger ist die Entwicklung zum „One-Stop-Shop“: Zugang zu den erforderlichen Informationen und Abwicklung unterschiedlicher Verwaltungsvorgänge von einer Zugangsstelle aus, so daß der Gang zu verschiedenen Behörden erspart bleibt.

„Nebeneffekte“ sind Rationalisierungs- und damit Einsparpotentiale. Was für die Wirtschaftsunternehmen gilt, trifft auch für den Verwaltungs- und Regierungsapparat zu!

## **Zugang zum Internet**

Eine weitere Aufgabe des Staates besteht darin, den Zugang zu den für das neue Wirtschaften erforderlichen "Verkehrswegen" sicherzustellen. Die "Daten-Highways" müssen für Konsumenten und Unternehmen diskriminierungsfrei erreichbar sein, und sie müssen sicher sein.

Dazu ist die Liberalisierung der TK in allen Staaten, in allen Wirtschaftsräumen, voranzutreiben. Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sind von den einzelnen Staaten festzulegen.

Diskriminierungsfreier Zugang heißt dabei, daß jeder potenzielle Nutzer zu jeder Zeit, an jedem Ort Zugang zu den Netzen erhalten soll - und zwar zu attraktiven Preisen. Einfluß auf die Akzeptanz hat das Preisniveau für den Netzzugang, die Online-Kosten für den Nutzer.

Bislang bietet überwiegend - zu 98 % - die DTAG als "ehemaliger" Monopolist den physikalischen Endkundenzugang an. Damit sind die Kosten fast aller neuen Anbieter und damit die Zugangsgebühren für den Endnutzer von dessen Preisen bestimmt. Für die neuen Anbieter bleibt bei den derzeitigen Preisen von Ø 2,7 Pfg. pro Minute nur wenig finanzieller Spielraum. Eine Aufgabe der Regulierungsbehörden bzw. den Wettbewerb der TK-Unternehmen: Entwicklung neuer Preismodelle für die Nutzung des Internets, Entwicklung von Alternativen zu den getakteten, zeitabhängigen Telefongebühren.

### **Rechtliche Rahmenbedingungen für E-commerce**

Mit zunehmender Bedeutung des weltweiten elektronischen Handels entsteht die dringende Aufgabe für den Staat, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Dabei ist den Besonderheiten des E-Commerce und des Internets Rechnung zu tragen. Internationale Alleingänge machen ebensowenig Sinn wie die Regulierung bis ins kleinste Detail: der staatliche Alleingang würde den grenzüberschreitenden Charakter der neuen Wirtschaftsformen nicht berücksichtigen können, die staatliche Einflußnahme bis ins Detail könnte mit dem rasanten Tempo der technologischen Entwicklung und der Dynamik der neuen Geschäftsideen niemals Schritt halten!

Die Fragestellungen und Lösungsansätze sind vielfältig und an dieser Stelle kaum zu behandeln. Europäische Richtlinien sind z. T. bereits erlassen, z. T. werden Richtlinien noch diskutiert:

- eine E-Commerce-Richtlinie soll den freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft sicherstellen;
- Gesetze sind notwendig, um das nötige Vertrauen in die elektronische Kommunikation zu schaffen: Thema „Digitale Signatur“;
- erfolgen Vertragsabschlüsse ausschließlich über elektronische Kommunikationswege, müssen sog. Fernabsatzgesetze die Rechtsgrundlage schaffen;
- die Urheberrechte der Staaten sind zu harmonisieren, um einheitliche Rechtsauffassungen zu bekommen;
- die Besteuerung von Online-Geschäften ist zu regeln.

Ein staatenübergreifendes Regelwerk zu finden ist keine einfache Aufgabe, die Aspekte sind äußerst vielschichtig.

Was auf keinen Fall geschehen darf, ist, die neuen IuK-Technologien mit zusätzlichen Steuern und Abgaben zu belegen: eine Rundfunkgebührenpflicht für PC oder die Verlängerung der Abschreibungsfristen für Computer sind eher dazu geeignet, die dringend erforderlichen Entwicklungen „auszubremsen“.

Zielsetzung des rechtlichen Rahmens muß sein:

- Unterstützung und Förderung der neuen Marktformen
- Förderung des europäischen Binnenwettbewerbs

- Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, gerade auch im internationalen Bezug
- Sicherstellung von Mindeststandards zum Schutz der Verbraucher.

Die hohe Komplexität der Problemkreise - sich mit rasanter Geschwindigkeit wandelnde Technologie- und Marktbedingungen, die Internationalität - lässt nur eine grundlegende Prämisse für die Regulierung der neuen Wirtschaftsformen zu: soweit als möglich auf gesetzliche Regelungen verzichten und die Selbstregulierungskräfte des Marktes stärken.

## **Schlußbemerkung**

Die Entwicklung des Internets und der darauf basierenden Möglichkeiten für das Wirtschaften sind nicht umzukehren. Mittel- und langfristig wird unser Geschäftsleben elektronisch abgewickelt werden.

Um nicht im internationalen Wettbewerb den Anschluß zu verlieren, ist eine neue Qualität des Denkens notwendig: weg von isolierter Betrachtung, hin zum globalen, vernetzten Denken und Handeln. Dies gilt sowohl für die Unternehmen als auch für den Staat:

Unternehmen werden immer stärker internationalem Wettbewerb ausgesetzt sein. Es bieten sich genauso gut vielfältige Chancen auf neue Märkte, wenn flexibel auf die neuen Gegebenheiten reagiert wird. E-Commerce ist in jedem Falle zu benutzen, um effizientere Prozesse zu gestalten; traditionelles Konkurrenzdenken muß dem Bestreben weichen, über Allianzen und Partnerschaften die eigene Position zu stärken.

Der Staat hat dazu den geeigneten Rahmen zu schaffen. Gesetzliche Regelungen müssen den Unternehmen die flexible Nutzung der Chancen zu ermöglichen, und sie müssen die internationalen Verflechtungen berücksichtigen. Bildung und Aufklärung zur Förderung der neuen IuK-Technologien ist notwendig, um langfristig in den neuen Marktformen mithalten zu können.

Nur wenn E-Commerce und all seinen Auswirkungen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft von allen Beteiligten begriffen werden, haben wir eine Chance, an den sich bietenden Potentialen teilzuhaben – und damit unseren Wohlstand zu erhalten.  
Vielen Dank!